

bzw. an Österreich grenzenden Regierungsbezirken Oberpfalz (1,3 vH), Niederbayern (1,1 vH) und Oberbayern (1,6 vH) übertroffen.

Die Zusammensetzung der Ausländer in den einzelnen Reichsteilen nach der Staatsangehörigkeit wird in der Hauptsache durch die Lage zu den angrenzenden Staaten bestimmt. Daneben spielt die wirtschaftliche Struktur eine Rolle.

In den meisten Gebieten Ostdeutschlands stehen die polnischen Staatsangehörigen an der Spitze aller Ausländergruppen (vgl. die Übersicht S. 12). Obgleich sie durch die starke Abnahme seit 1925 ihre bei weitem überragende Stellung verloren haben, werden sie nur in wenigen Fällen von anderen Ausländergruppen übertroffen, und zwar in den Reg.-Bez. Königsberg und Köslin von den Staatlosen, im Reg.-Bez. Gumbinnen außerdem von den Staatsangehörigen Litauens, und im Reg.-Bez. Westpreußen von den Bürgern Danzigs, den Staatlosen und den schweizerischen Staatsangehörigen; in Niederschlesien stehen die Angehörigen der Tschechoslowakei an erster Stelle vor denen Polens. Nächst den Staatsangehörigen Polens sind im allgemeinen die Staatlosen in den ostdeutschen Gebieten am stärksten vertreten. Die agrarischen Gebiete weisen vielfach auch Schweizer in größerer Zahl auf.

Die polnischen Staatsangehörigen in Ostelbien sind hauptsächlich als landwirtschaftliche Arbeiter tätig, doch trifft man auch in den Städten polnische Staatsangehörige, hier dann meist in händlerischen Berufen. Es dürfte sich im letzteren Falle vorwiegend um Juden handeln; so sind von den rd. 26 400 polnischen Staatsangehörigen in Berlin rd. 20 800 oder fast vier Fünftel Glaubensjuden. Eine Ausnahme bilden in dieser Beziehung die drei Großstädte in Oberschlesien, in denen die polnischen Staatsangehörigen in erster Linie industrielle Berufe ausüben und nicht so stark mit Juden durchsetzt sind.

In der Eigenschaft als landwirtschaftliche Arbeiter finden sich auch im übrigen Norddeutschland und in Teilen Mitteldeutschlands zahlreiche polnische Staatsangehörige. In Oldenburg, Teilen der Provinz Hannover, Land Braunschweig, Provinz Sachsen und Land Thüringen beherrschen sie das Bild der Staatsangehörigkeitsgliederung. In dem stark von Ausländern durchsetzten Land Sachsen nehmen die tschechoslowakischen Staatsangehörigen die erste Stelle ein. Weit hinter ihnen folgen hier die Staatsangehörigen Polens und Österreichs. Nur in der Messestadt Leipzig werden die Staatsangehörigen der Tschechoslowakei von denen Polens übertroffen, die allerdings zu mehr als vier Fünfteln Glaubensjuden sind.

In den Teilen Bayerns, die an die Tschechoslowakei angrenzen, überwiegen die Bürger dieses Nachbarstaates. In der Oberpfalz und in Oberfranken stellen sie mehr als drei Viertel aller Ausländer. In Niederbayern, das sowohl an die Tschechoslowakei als auch an Österreich angrenzt, entfallen auf die Staatsangehörigen der Tschechoslowakei immer noch rd. 53 vH aller Ausländer, daneben treten aber mit rd. 38 vH die Angehörigen Österreichs. In Oberbayern und Schwaben sind die Angehörigen Österreichs die stärkste Gruppe der fremden Staatsangehörigen und machen die Hälfte der Ausländer und mehr aus.

In Baden umfassen die Bürger der Schweiz rd. 40 vH aller Ausländer (im Landeskommisärbezirk Konstanz rd. 61 vH). An zweiter Stelle folgen die Österreichs. Verhältnismäßig stark sind auch die italienischen Staatsangehörigen vertreten.

In Württemberg halten sich die Angehörigen Österreichs und der Schweiz nahezu die Waage. Im ehem. Schwarzwaldkreis und im ehem. Jagstkreis wurde ein verhältnismäßig hoher Anteil von Bürgern der Vereinigten

Staaten von Amerika festgestellt (5,0 und 7,1 vH). Es dürfte sich dabei z. T. um rückgewanderte frühere Reichsangehörige handeln.

In Westdeutschland und Teilen Nordwestdeutschlands sind die Angehörigen der benachbarten Niederlande die wichtigste Ausländergruppe, auf die in der Rheinprovinz rd. 54 000 Personen oder rd. 40 vH aller Ausländer entfallen. In Westfalen im ganzen werden sie von den Angehörigen der Tschechoslowakei knapp übertroffen. Die Grenznähe spielt in Westfalen für die Bevorzugung einer bestimmten Ausländergruppe eine geringere Rolle als die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten, die auch Ausländer aus entfernten Staaten anziehen. So nimmt in Westfalen keine Staatsangehörigkeit eine wirklich überragende Stellung ein. Die Angehörigen der Tschechoslowakei, der Niederlande, Polens, Österreichs und Jugoslawiens stellen je ein Fünftel bis ein Zehntel aller Ausländer. Die überwiegend im Bergbau tätigen jugoslawischen Staatsangehörigen erreichen auch im Regierungsbezirk Düsseldorf einen verhältnismäßig hohen Anteil. In der Provinz Hannover bilden wieder die Angehörigen der Niederlande die stärkste Gruppe, und zwar auf Grund ihrer großen Zahl im Regierungsbezirk Osnabrück, wo sie fast vier Fünftel aller Ausländer stellen. Im übrigen Hannover herrschen die polnischen Staatsangehörigen vor, bis auf den Regierungsbezirk Stade, dessen Struktur die von Hamburg beeinflußte Großstadt Harburg-Wilhelmsburg bestimmt. Hier stehen die tschechoslowakischen Staatsangehörigen an der Spitze.

In den Hansestädten und in Berlin spielen auch die sonst nur schwach vertretenen Ausländergruppen eine gewisse Rolle. In Lübeck erscheinen entsprechend der geographischen Lage viele Angehörige der nordischen Staaten, die aber auch in Hamburg eine beachtliche Stellung einnehmen. In Hamburg sind die Angehörigen der Tschechoslowakei, die hier ein Freihafengelände besitzt, am zahlreichsten. Aus außereuropäischen Staaten stammen in Hamburg 9,5 vH, in Bremen 5,1 vH und in Berlin 3,9 vH aller Ausländer (Reichsdurchschnitt 1,6 vH).

Bei einem Vergleich der Ausländerzahl von 1933 mit der von 1925 zeigt sich entsprechend der bedeutenden Abnahme der Gesamtzahl der Ausländer auch in fast allen Reichsteilen eine Verringerung. Die absolut stärksten Rückgänge sind im Land Sachsen mit rd. 38 000, in Bayern mit rd. 31 000, in der Provinz Sachsen mit rd. 22 000 und in Pommern, Brandenburg und Mecklenburg mit je rd. 16 000 Personen Abnahme zu verzeichnen. Den höchsten Anteil erreicht die Abnahme der Ausländer vor allem in denjenigen Reichsteilen, in denen sich früher besonders viel ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter aufhielten; Anhalt weist einen Rückgang um fast zwei Drittel auf, und in Braunschweig, Mecklenburg, Pommern, Thüringen und der Provinz Sachsen befanden sich 1933 über die Hälfte weniger Ausländer als 1925.

Eine Zunahme der Ausländerzahl zeigt sich — abgesehen von einigen kleineren Gebieten — nur in Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien, also in den an der nordöstlichen Reichsgrenze liegenden Provinzen. Sie ist in Oberschlesien ganz beträchtlich; hier sind 1933 rd. 7 400 oder zwei Fünftel mehr Ausländer gezählt worden als 1925. Die Zunahme entfällt vornehmlich auf die Großstädte des oberschlesischen Industriegebietes (Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg) und erklärt sich aus der innigen Verflechtung von Bevölkerung und Wirtschaft diesseits und jenseits der Grenze sowie aus den Übertrittserleichterungen, die auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens von 1922 eingeführt worden sind.